

„Netzwerk neue Demokratie“

Schritte zur Repolitisierung des Denkens

Niemand wird im Rückblick auf die gegenwärtige Epoche behaupten können, Politik habe eine geringe Rolle gespielt. Unpolitische Zeiten sind dies nicht. Es gibt wachsende soziale Ungleichheit, es gibt eine Klimakatastrophe, es gibt einen kaum gebremsten Raubbau an natürlichen Ressourcen, es gibt Kriege, Bürgerkriege und politischen Terror, es gibt dramatische demographische Fehlentwicklungen, Staaten verschwanden von der politischen Landkarte, andere sind neu entstanden, manche versinken in hoffnungsloser Agonie und anderswo ruhen Hoffnungen auf dem Szenario eines friedlichen Staatszerfalls. In manchen Staaten scheint der Stolz auf nationale Souveränität unantastbarer zu sein denn je, in anderen dagegen gilt die Abtretung von Souveränitätsrechten als ein epochaler Trend, der eine EU weiterwuchern und die UNO formell an politischen Zuständigkeiten gewinnen lassen müsse. An politischer Brisanz mangelt es in dieser Epoche also wahrlich nicht, und doch sind wachsende Politikmüdigkeit und politische Gleichgültigkeit zu einem ihrer herausragenden Merkmale geworden.

Diese politische Gleichgültigkeit ist Folge einer tiefgreifenden intellektuellen Ermüdung. Jahrzehntlang hatte eine hohe intellektuelle Anspannung im politischen Rechts-Links-Konflikt geherrscht, aber nach dem Zusammenbruch des Sozialismus machte sich in demokratischen Staaten ein Gefühl breit, als seien die ganz großen politischen Themen passé. In Fragen wie Krieg und Frieden, Staatserhalt und Staatszerfall, Marktmechanismen und soziale Gerechtigkeit, staatliche Souveränität und suprastaatliche Machtanhäufung gab es zwar weder eine historische Atempause noch gab es Antworten, die eine dauerhafte Klärung solcher Fragen in Aussicht stellten. Dennoch herrschte auch und vor allem in demokratischen Staaten der Glaube vor, amtierende Politiker seien nicht viel anderes als Vollstrecker historischer Notwendigkeiten und selbst deren politische Opponenten würden nur geringe Spielräume für eine abweichende Politik haben. Von diesem Glauben an die Unabwendbarkeit der großen Politiklinien profitierten selbst wenig populäre politische Führungsfiguren, wie Bush, Blair, Schröder, Chirac oder Sarkozy es mindestens zeitweilig sind oder waren.

Diese intellektuelle Erschöpfung hat mittlerweile eine ganze Generation unpolitisch geprägt. Erkennbar ist dies nicht nur am politischen Verhalten selbst, an der so genannten Politikverdrossenheit beispielsweise und am Desinteresse an Wahlen. Auch Kultur und Kunst wurden durch diese intellektuelle Ermüdung zwangsläufig stark entpolitisiert. Wo nämlich der Glaube an die Veränderbarkeit des Staates und politischer Grundregeln fehlt, da kann Politik nicht mehr als lohnender Gegenstand

von Literatur und Kunst gelten, und da muss es scheinen, als biete das Private literarischen Stoff genug.

Es war dennoch eine intellektuelle Erschöpfung, die nottat. Jeder Versuch, politisches Engagement gleich nach dem Ende der großen Rechts-Links-Kontroversen fortzusetzen oder neu zu beleben, wäre unweigerlich geprägt gewesen von alter politischer Rhetorik, alten Denkmustern, alten Ressentiments und überholten Loyalitäten. Die Entpolitisierung des Bewusstseins war insofern zumindest vorübergehend ein notwendiger kollektiver Läuterungsprozess, der den intellektuellen Anspannungen einer vorangegangenen Bewusstseinsphase zu entwachsen half. Im politischen Desinteresse offenbarte sich insofern ein durchaus zeitgemäßer Überdruß an Versuchen, Politik doch im alten Stil weiterzubetreiben, Wahlkämpfe doch wieder mit alten Slogans zu führen und politische Gegensätze weiter mit überlebten Formeln eines schlichten Rechts-Links-Denkens zu inszenieren. Je ausgeprägter solches politische Desinteresse, desto gründlicher kann auf lange Sicht die Läuterung des politischen Bewusstseins ausfallen, und desto unvorbelasteter kann späterhin dann eine Auseinandersetzung mit neuem politischem Denken erfolgen.

Derartiges geschieht natürlich nicht über Nacht. Zur Entpolitisierung verführt auch ein gewisser Hang zur intellektuellen Bequemlichkeit, und dem gibt die politische Öffentlichkeit gern so lange nach, wie sie es noch mit einem leidlich leistungsfähigen Staat zu tun zu haben glaubt. Die Demokratie selbst aber dürfte im Bewusstsein der Bürger Ansprüche auf eine gewisse Leistungsfähigkeit des Staates verankert haben, und dass der Staat diesen Ansprüchen auf Dauer genügt, ist alles andere als selbstverständlich. In der Phase der Entpolitisierung wissen die Bürger nicht, wie sie solche Ansprüche geltend machen könnten. Sobald sie sich aber hierüber halbwegs im Klaren sind, wird alles anders.

Ziele der Repolitisierung

So unvermeidlich die zurückliegende Entpolitisierungsphase war, so überfällig und notwendig ist inzwischen das Projekt einer Repolitisierung des Denkens geworden. Ein solches Projekt darf sich nicht an früheren Formen politischen Engagements orientieren, will es nicht auf eine fortbestehende Mauer von Desinteresse und Indifferenz stoßen. Repolitisierung kann nicht in der abgegriffenen Rhetorik so genannter Protestparteien gelingen und auch nicht als außerparlamentarischer Mobilisierungsversuch herkömmlicher Protestbewegungen. Ein zeitgemäßes Repolitisierungsprojekt muss vielmehr - und das macht ein solches Vorhaben nicht leichter - mehr denn je aufs Ganze gehen. Es muss die Einsicht vermitteln, dass die herkömmliche, also die bestehende Demokratie das Staatsmodell einer historischen Übergangsphase ist; dass diese Demokratie zwar historische Verdienste hat, dass sie zeitweilig auch eine im historischen Vergleich leistungsfähige Politik hervorgebracht hat, aber dass dies nicht für die Gegenwart gilt und noch weniger für die Zukunft; dass vielmehr in jeder künftigen Epoche neu zu definieren sein wird, was

ein leistungsfähiger Staat ist, und dass die bestehende Demokratie einer solchen Definition nicht standhalten wird.

Ein zeitgemäßes Staats- und Politikverständnis müsste zuallererst dem immer längeren zeitlichen Verantwortungshorizont von Politik gerecht werden. Es müsste zudem Politik als eine Ansammlung fast vollständig voneinander unabhängiger Aufgabenfelder begreifen, die für Wähler und Gewählte allenfalls noch einzeln, keinesfalls aber mehr als ein zusammenhängendes Ganzes zu verstehen und zu bewältigen sind. Zeitgemäß wäre ein Staats- und Politikverständnis darüber hinaus nur, wenn es in der Frage des politischen Wer-mit-wem, der Frage also, wer mit wem wofür gemeinsam einen Staat betreiben will, neue Freiheiten begründete.

Mehrspurige Demokratie ist in diesem Zusammenhang einer der Schlüsselbegriffe, *politische Assoziationsfreiheit* der andere. Erst mit dem Konzept der Mehrspurigen Demokratie wird deutlich, dass die bestehende Demokratie nicht mehr ist als eine schwach entwickelte Sonderform in der Entwicklung demokratischer Staatsordnungen. Erst die Mehrspurige Demokratie ist auch diejenige Staatsform, die ein Maximum an politischer Assoziationsfreiheit ermöglicht macht - und damit unter anderem eine friedliche Verschiebung von Staatsgrenzen und eine friedliche Auflösung und Neugründung von Staatswesen.

Ein möglicher Anfang: „Netzwerk neue Demokratie“

Stand der politischen Bewusstseinsentwicklung ist vorerst, dass die bestehende Demokratie zwar an Wertschätzung verliert, aber weiter als notwendiges Übel respektiert wird. Politische Mehrheiten und damit auch demokratisch gewählte Machthaber wechseln, aber das System als solches wankt nicht. Was indes ansteht, ist die Erkenntnis, dass dieses System selbst immer mehr zur Ursache eines politischen Unmuts wird, den zu bewältigen es noch immer vorgibt.

Einer solchen Erkenntnis widersetzt sich vorerst noch alles, was im bestehenden Staat über politischen Einfluss verfügt. Dies sind die vom Staat getragenen Institutionen, die politischen Parteien einschließlich so genannter Protestparteien, die Institutionen auch der Bildung und der Wissenschaft, und es sind sogar die außerparlamentarischen Protestbewegungen, die ohne den bestehenden Staat als Gegenspieler kaum denkbar wären. Dass die politische Ordnung selbst der Grund für das mangelnde Vertrauen in den Staat sein könnte, ist dagegen noch immer eine konsequent beschwiegene Vermutung.

Natürlich wäre die Vorstellung absurd, die bestehende Demokratie würde eines Tages so plötzlich und so unvorbereitet in sich zusammenfallen, wie es etwa bei den sozialistischen Staaten der Fall war. Dies ist weder erwarten, noch wäre es zu erhoffen. Der Übergang von der bestehenden Demokratie zu zeitgemäßerer Staatsformen dürfte nicht überhastet, er müsste wohlüberlegt und wohlgeordnet vonstatten gehen. Ein erster Schritt auf diesem Weg könnte sein, dass die Bürger in demokratischen Wahlen regelmäßig nach ihrem Urteil über die bestehende Staatsform befragt werden. Es wären demnach regelmäßig Volksabstimmungen zu der

Frage abzuhalten, ob die bestehende Staatsform erhalten bleiben oder durch eine neue ersetzt werden soll. In einem späteren Schritt könnte dann ein permanent amtierender Verfassungsrat ins Leben gerufen werden, der permanent Alternativen zur bestehenden Staatsform bereitzuhalten hätte und der im Ernstfall den geordneten Übergang zu einer solchen Alternative ins Werk setzen würde. Als Alternative verfügbar wäre eine der zahllosen möglichen Staatsformen der Mehrspurigen Demokratie.

Schon der Weg zu solcher Veränderlichkeit der politischen Ordnung aber, so einfach die praktischen Schritte letztlich auch erscheinen mögen, führt über den Widerstand all jener Institutionen und Personen, die von der bestehenden Ordnung profitieren, und er ist entsprechend lang und dornig. Schon einer Öffnung hin zur Veränderlichkeit hätte daher eine lange Bewusstseinsarbeit voranzugehen, und diese könnte vorerst nur auf subversivem Wege beginnen.

Eine wichtige bewusstseinbildende Rolle könnte hierbei eine Einrichtung spielen, die beispielsweise einen Namen wie „**Netzwerk Neue Demokratie**“ trüge.¹ Mit einem solchen Netzwerk, einmal ins Leben gerufen, könnte sich eine wachsende Zahl politischer Dissidenten verbinden, die den Läuterungsprozess der Entpolitisierung hinter sich haben und sich über die Vergänglichkeit der herkömmlichen demokratischen Staatsform Klarheit schaffen wollen oder geschafft haben.

Ein solches Netzwerk könnte bei seinen Adressaten die Einsichten verbreiten helfen, dass die Bürger sich die herkömmliche, dilettantische Art von Politik nicht mehr gefallen lassen müssen, dass viel leistungsfähigere Demokratieformen als die bestehende verfügbar sind und dass es schon deswegen an der Zeit ist für eine neue Art von Veränderlichkeit der politischen Ordnung. Auf lange Sicht könnte so auch der Boden für eine dauerhafte Repolitisierung des öffentlichen Bewusstseins bereitet werden. Diese Repolitisierung könnte von Dauer sein, weil die „Neue Demokratie“ keine fest gefügte Staatsform wäre, die je in herkömmlicher Weise Endgültigkeit beanspruchen würde. Das Konzept der Mehrspurigen Demokratie ist vielmehr ein Universum politischer Systemvarianten, dessen wichtigste Eigenschaft die permanente friedliche Wandelbarkeit von einer zu einer anderen Variante wäre. Die hochpolitische Frage, welche Staatsform in welchem Teil der Welt zeitgemäß ist, würde daher in einem System mehrspuriger Demokratien nie und nirgends ganz von der politischen Agenda verschwinden.

02– 08

www.reformforum-neopolis.de

¹ „Neue Demokratie“ wäre in diesem Zusammenhang ein Synonym für Neokratie.